

L. JARASS ■ G. M. OBERMAIR

UNTER- NEHMENS- STEUER- REFORM 2008

Kosten und
Nutzen
der Reform-
vorschläge

Unternehmenssteuerreform 2008

Kosten und Nutzen der Reformvorschläge

Wollten Sie das wirklich schon immer wissen?	4
1 Deutschland: Ein Sanierungsfall?	17
Teil A : Bestandsaufnahme und Analyse	20
2 Einkommen und Steuerzahlung 1998 bis 2005 im europäischen Vergleich	21
3 DAX30-Unternehmen: tatsächlich bezahlte Steuerbelastung 2001-2005	33
4 Warum ist die deutsche Besteuerung von Kapitalgesellschaften so niedrig?	41
5 Die deutsche Unternehmensbesteuerung zerstört Arbeitsplätze in Deutschland	45
Teil B : Reformvorschläge zur Unternehmensbesteuerung	53
6 Besteuerung aller laufenden Kapitalerträge erforderlich	54
7 Besteuerung aller Wertsteigerungen erforderlich	63
8 Reformvorschläge der Bundesregierung, der Bundesländer und der Kommunen	67
9 Auswirkungen der vorliegenden Reformvorschläge auf einzelne Unternehmen	84
10 Defizite der Regierungsvorschläge und ihre Begrenzung.....	103
Anhang: Datentabellen	125
11 DAX30-Daten.....	125
12 Modellrechnungen für die vorliegenden Reformvorschläge.....	137
13 Nominale Steuersätze; Verschuldung und Zinszahlungen von Unternehmen.....	148
Literatur	155

1 Deutschland: Ein Sanierungsfall?

Viele Missstände lasten auf Deutschland, mehr noch als auf seinen strukturell ähnlichen großen westeuropäischen Nachbarländern:

- hohe Arbeitslosigkeit,
- Abwanderung von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben in Niedriglohn- und Niedrigsteuerländer,
- mangelnde Investitionskraft der öffentlichen Hand,
- steigende Beitragssätze bei der gesetzlichen Sozialversicherung trotz konstanter (kaufkraftbereinigter) Ausgaben, da die Bemessungsgrundlage, nämlich die Summe der Löhne der Beitragspflichtigen, seit Jahren noch stärker sinkt¹,
- wachsende Schere zwischen Reichen und Armen².

Ist Deutschland deshalb, wie Bundeskanzlerin Merkel u.a. Anfang Mai 2006 im Bundestag meinte, ein Sanierungsfall, und wo müsste bei der Sanierung angesetzt werden?

1.1 Die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Hand sind nicht konjunkturbedingt, sondern selbst verschuldet

Sanierungsbedürftig sind jedenfalls die Kassen der öffentlichen Hand und der Arbeitnehmer, wie die reale (preisbereinigte) Entwicklung seit 2001 zeigt; die entscheidenden Zahlen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und aus der amtlichen Steuerstatistik sowie die Preisbereinigung sind in der Tabelle 13.6 im Anhang zusammengestellt:

- Das **Volkseinkommen** ist real um 81 Mrd. € gestiegen, **plus 5%**, die insgesamt darauf bezahlten **Steuern und Sozialabgaben** hingegen sind um 46 Mrd. € gesenkt worden, **minus 9%**.
- Die **Bruttolohnsumme** wurde real um 25 Mrd. € gesenkt, **minus 2%**, die darauf bezahlten **Steuern und Sozialabgaben** wurden noch etwas stärker um 30 Mrd. € gesenkt, **minus 7%**.
- Die **Unternehmens- und Vermögenseinkommen** stiegen hingegen real um 106 Mrd. €, **plus 25%**, während die darauf tatsächlich bezahlten **Steuern** um 16 Mrd. € gesenkt wurden, **minus 13%**.

Entsprechend nahmen die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte weiter zu, obwohl die Wirtschaft weiter gewachsen ist: privater Reichtum und öffentliche Armut. Diese Entwicklung wird an folgenden Kenngrößen besonders deutlich sichtbar:

- Die jährliche Neuverschuldung des Staates (inkl. Sozialversicherung) stieg von 56 Mrd. € in 2001 über 80 Mrd. € in 2004 auf immer noch 71 Mrd. € in 2005³, d.h. von 2,7%

¹ Einnahmen wie Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung sind insbesondere seit 2001 auch weniger stark gestiegen als das Brutto sozialprodukt, doch das konnte den Schwund der Pflichtbeiträge nicht kompensieren, da der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wie am Brutto sozialprodukt insbesondere seit 2004 drastisch sinkt.

² Vgl. etwa DIW (2006).

über 3,5% auf 3,2% des Bruttoinlandprodukts⁴. Auch in 2006 soll die Maastrichtgrenze von 3% des Bruttoinlandprodukts nur knapp unterschritten werden, erst in 2007 soll durch die massive Mehrwertsteuererhöhung das Defizit nachhaltig unter 3% liegen.

- Die Bruttoinvestitionen der öffentlichen Hand sanken bei staatlichen Gesamtausgaben von rund 1.000 Mrd. € von 36 Mrd. € in 2001 auf 28 Mrd. € in 2005. Die deutsche staatliche Investitionsquote liegt mit nur noch 1,2% deutlich unter den entsprechenden Quoten anderer westlicher Industrienationen – im EU-Durchschnitt beträgt sie 2,5%.
- Die gesamte staatliche Verschuldung stieg von 592 Mrd. € in 1991 über 1.242 Mrd. € in 2001⁵ auf 1.521 Mrd. € in 2005; gleichzeitig erhöhte sich das private Netto-Geldvermögen⁶ von rund 1.190 Mrd. € über 2.167 Mrd. € auf 2.691 Mrd. €. Nicht die deutsche Bevölkerung verarmt, sondern der deutsche Staat: Der von 1991 bis 2005 um über 900 Mrd. € erhöhten Staatsverschuldung steht ein um 1.500 Mrd. € gestiegenes privates Geldvermögen gegenüber.

Die durch die falsche Steuer- und Finanzpolitik selbst verursachten Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte, die bisher durch den Verkauf staatlichen Vermögens kaschiert wurden, führen immer stärker zu Einsparungen bei den normalen Lohnempfängern⁷ und geringerer Förderung von Investitionen in Deutschland⁸.

1.2 Reine Steuersatzsenkungen sind kontraproduktiv

Der Anteil investiver Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden ist mangels Einnahmen seit 2001 Jahr für Jahr zurückgefahren worden. Die von der Regierung mit voller Unterstützung der Opposition seit Ende der 1990er Jahre durchgesetzten drastischen Senkungen der nominalen Steuersätze, mehr noch die in Kap. 4 und 5 im Detail beschriebenen enormen zusätzlichen Steuergestaltungsmöglichkeiten, haben diese Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Sie zeugen aber von einem tiefen Glauben an das Dogma: "Senkt die Steuern für die Reichen und die Konzerne in Deutschland, dann erhöhen sie im Inland ihre Investitionen, dann steigt die Konjunktur, Arbeitslosigkeit und Staatsdefizit sinken, und alles wird gut." Für eine geschlossene Volkswirtschaft mag diese Erwartung nicht gänzlich verfehlt sein, in einer globalen Ökonomie ist sie ohne jede Begründung und von der Wirklichkeit drastisch widerlegt: Die eingesparten Steuermilliarden werden bei Banken angelegt oder sie fließen als Investitionen überwiegend dorthin, wo wachsende Märkte und niedrige Löhne die relativ höchste Rendite erwarten lassen.

³ Vgl. destatis (2006b), Tabelle 3.4.3.3.

⁴ Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2005 rund 2.246 Mrd. €, vgl. destatis (2006b), S. 31, Tabelle 2.1.2.

⁵ destatis (2006a), S. 18: Umrechnung des Schuldenstands der Finanzstatistik in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag.

⁶ Bundesbank (2005), S. 27: Angegeben ist das Geldvermögen abzgl. Verbindlichkeiten.

⁷ Vgl. die so genannte 'Koch-Steinbrück-Liste' aus dem Jahre 2004 (die Grundlage der Einsparvorschläge der Großen Koalition ist), auf deren Grundlage z.B. Reduzierungen der Pendler- und Arbeitnehmerpauschale und Abschaffung der Abgabefreiheit von Nacht- und Feiertagszuschlägen unter dem Sympathie weckenden Schlagwort 'Subventionsabbau' im Jahr 2005 beschlossen wurden.

⁸ z.B. durch Reduzierungen bei Eigenheimzulage und Abschreibungssätzen.

Zur Gegenfinanzierung der Steuersatzsenkungen wurden in den letzten Jahren die steuerlichen Abschreibungsbedingungen für Investitionen laufend verschlechtert. Dadurch werden ausschließlich Investoren, die in Deutschland investieren wollen, schlechter gestellt. Jeder Wirtschaftsaufschwung beginnt mit einer deutlichen Erhöhung der Bauinvestitionen. Diese Abschreibungsverschlechterungen haben wesentlich zu der derzeit so beklagten Investitionszurückhaltung im Baubereich beigetragen und damit den Wirtschaftsaufschwung beeinträchtigt.

Die neue Bundesregierung hat als steuerliches Sofortprogramm zum 1.1.2006 die Abschreibungsbedingungen im Wohnbau weiter von 4% auf 2% pro Jahr verschlechtert und die Investitionszulage für Eigenheiminvestoren gestrichen. Eine Verschlechterung der Abschreibungssätze bedeutet ja nur ein Vorziehen von Steuereinnahmen, die dann eben später fehlen. Die durch diese Maßnahmen induzierten niedrigeren Investitionen führen zu weniger Arbeitsplätzen und insgesamt also zu niedrigeren Steuereinnahmen. Zumindest wurde seit 2006 die degressive Abschreibung von 20% wieder, wie bis zur Unternehmenssteuerreform 2001 üblich, auf 30% angehoben, doch soll diese richtige Maßnahme bis 2008 befristet sein.

Der drastische Rückgang des Gewerbesteueraufkommens als eine weitere Folge der Unternehmenssteuerreform ab 2001 und der gescheiterten Gemeindefinanzreform in 2003 ließ die meisten Städte weiter verarmen und hat die dringend benötigte Erneuerung der kommunalen Infrastruktur und entsprechende Aufträge an das regionale Gewerbe nachhaltig verhindert.

Wurde also seit 2001 durch einige gegen den Rat vieler Experten getroffene Entscheidungen die Finanzkraft der öffentlichen Hand nachhaltig geschwächt, so ist zugleich die tatsächlich bezahlte Steuerlast noch ungleichmäßiger auf die Unternehmen verteilt worden, wie die Analyse im folgenden Kapitel 2 detailliert herausarbeitet: Während es vielen, vor allem global agierenden Unternehmen gelingt, auch bei sehr guter Ertragslage ihre Steuerlast ganz legal auf weit weniger als die Hälfte der des nominalen, also gesetzlich vorgesehenen Steuersatzes zu drücken, zahlen andere Unternehmen nahezu voll diesen Steuersatz von rund 39% (Körperschaft- plus Gewerbesteuer), Einzelunternehmer sogar bis zu 42%. Diese offensichtliche Ungleichheit, die vor allem regional operierende und mittelständische Unternehmen benachteiligt, müsste dringend wieder – europakonform – verringert werden.

Schließlich wirkt die derzeitige Gesetzeslage im deutschen Steuerrecht geradezu als Einladung für internationale Finanzgesellschaften, gut gehende inländische Unternehmen aufzukaufen, ihnen den Kaufpreis aufzuhalsen und sie schließlich zu zerschlagen⁹. In jedem Fall subventioniert das deutsche Steuersystem den Export von Arbeitsplätzen ins Ausland¹⁰.

Alle diese Fehlentwicklungen müssten durch eine Unternehmenssteuerreform zumindest erschwert und damit weniger lukrativ gemacht werden – hier jedenfalls besteht Sanierungsbedarf.

⁹ Vgl. Kap. 5.2 mit einem konkreten Beispiel.

¹⁰ Vgl. Kap. 5.1.